WH
Neuenbürg.
Einen gebrauchten
Kinderwagen
hat zu verkaufen
August Müller,
Windhof 29.

Verkauf.
ein großer Transport

Sorten
Stallung
Brüllstr. 5 (Altstadt)
chst ein.
Neckarsulmer.
se-Futter,
br. Stuttgart, empfehlen
terwerke e. G. m. b. H.,
18, Telefon Nr. 20747/48.
ig Roller, Pforzheim,
Telefon 2855.
chtiger
nteiler
twaren sofort gesucht
ägewerk, Pforzheim.
n-Heu,
iert süß.
Spezialität
U, Luzernehen,
fer
ungen als Selbstverlader
h. Forrer,
Futtermittel-Großhandlung,
hl (Württbg.), Tel. 41.
ich vorteilhaft!
leichtere Ware per Mtr. 68 Pfg.
ast unverwüstlich p. Mtr. 88 Pfg.
nzerreißbar per Mtr. 88 Pfg.
fig per Mtr. 95 Pfg.
e von 10 M an; von 20 M an por-
bezahle ich den Betrag zurück
Versand, Weiden (Oberpfalz).
Tüchtiges
Hausmädchen,
erfahren in allen Hausarbeiten und im Kochen, in größere Familie unter Zusicherung bester Entschädigung und Familienanschluß gesucht.
Gotth Burkhardt,
Pforzheim, Theaterstraße 9
im Laden.
WH

Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 80 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 80 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Fam.-Ausw. u. Kollekt.-anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mill. M. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 29. | Neuenbürg, Montag, den 4. Februar 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Mannheim, 1. Febr. Vor der Strafkammer 2 des hiesigen Landgerichts wurde heute der Gründer und Organisator der Rheinauer proletarischen Hundertschaften, der am 8. Dezember 1892 geborene ledige Bäcker Otto Lumpp, abgeurteilt. Lumpp hat einer Versammlung der Erwerbslosen vor dem Rathaus, aus dem Meßplatz und am 9. November einer Versammlung der Erwerbslosen im Hofe der alten Dragonerkaserne beigewohnt, wo er die Erwerbslosen zu einer neuen Versammlung aufforderte, obwohl er wußte, daß alle Ansammlungen von Menschen polizeilich verboten waren. Ferner ist er angeklagt, daß er an der Bildung proletarischer Hundertschaften hervorragenden Anteil hatte. Es wird ihm vorgeworfen, daß er der eigentliche Gründer dieser Hundertschaften ist. Er hat zunächst in einer Kommunisten-Versammlung am 15. Oktober zur Bildung dieser Hundertschaften aufgefordert. In Rheinau organisierte er die kommunistischen Erwerbslosen für den Innen- und Außendienst und zum Kampfe gegen die Sicherheits-Polizei. Lumpp stellte eine Liste der vorhandenen Waffen auf und hielt einen Probealarm der Hundertschaften ab. Da der Besitz der Waffen nicht ausreichte, forderte Lumpp seine Parteigänger auf, sich um Beschaffung weiterer Waffen und Handgranaten zu bemühen. Sein kommunistischer Parteifreund Krupp erhielt den Auftrag, in einem Steinbruch bei Heidelberg Sprengstoff zu stehlen. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

München, 2. Febr. Für den britischen Generalkonsul Clive, der nach München zurückgekehrt ist, hat man jetzt, angesichts der Drohungen von separatistischer Seite, besondere Schutzmaßnahmen getroffen.

Speyer, 2. Febr. Am 24. Januar wurde der separatistische Gruppenführer Esch von der französischen Besatzungsbehörde in Koblenz wegen Diebstahls festgenommen und in das Militärgefängnis in Landau gebracht. — Die separatistische Regierung hat durch ihre Afterbezirksämter den Landbürgermeistern der Pfalz ein Schreiben zugehen lassen, in dem erklärt wird, daß für die Erwerbslosenfürsorge 100 000 Goldmark bereitgestellt seien, jedoch nur für diejenigen Gemeinden, die Treuerklärungen gegenüber dieser Regierung abgegeben hätten, ohne sie später wieder zurücknehmen. Diejenigen Gemeinden, die die Treuerklärungen zurückgenommen hätten, hätten keinerlei Unterstützung in Paß- oder sonstigen Angelegenheiten zu erwarten. — Die angeblichen Mittel der Autonomisten können nur aus Erpressungen und gewissen wohlbekannten ausländischen Quellen stammen. Kennzeichnend dafür ist, daß der Präsident Bley bei einem der letzten Besuche durch die Presse auf eine Frage nach der Herkunft seiner Geldmittel in sichtliche Verlegenheit geriet und diese Frage nicht beantwortete.

Rockenhausen, 2. Febr. Ein Bauer namens Groger, der abfällige Aeußerungen über die Separatisten gemacht hatte, wurde mit 10 000 Mark Geldstrafe belegt. Groger, ein vermögender Bauer, weigerte sich, die Strafe zu bezahlen und wandte sich beschwerdeführend an die Rheinlandskommission in Koblenz. In seiner Abwesenheit kamen die Separatisten in sein Haus und meinten, Groger hätte nicht gleich nach Koblenz zu reisen brauchen; man hätte verhandeln können. Ferner verlangten sie, daß seine jüngste Tochter sich auf das Bezirksamt begebe, anscheinend, um als Geisel dienen zu sollen. In Koblenz wurde Groger von der Rheinlandskommission erklärt, daß diese Strafe hinfällig sei.

Berlin, 2. Febr. Die Besatzungskosten im Rhein- und Ruhrgebiet, die Deutschland gegenwärtig erstatten muß, belaufen sich auf 70 bis 90 Goldmillionen im Monat.

Berlin, 2. Febr. Der Reichspräsident hat den Geschäftsträger in Paris, Dr. Leopold v. Hösch, zum Botschafter in Paris und den bisherigen Gesandten in Belgrad, Dr. v. Keller, zum Gesandten in Brüssel ernannt.

Wohnungsbauförderung.

Die Handwerkskammer Reutlingen teilt dazu folgendes mit: Schon vor einigen Wochen hat die Kammer Reutlingen der Regierung den Antrag unterbreitet, durch die Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte und durch entsprechende Propaganda die Möglichkeit zur Beschaffung von Baugeldern in die Wege zu leiten, damit in den einzelnen Bezirken den Baulustigen Gelegenheit gegeben wird, in gewissem Umfang Gelder aufzunehmen. Es wird damit zu rechnen sein, daß das zuständige Ministerium des Innern eine Aussprache mit allen beteiligten Stellen und Organisationen in die Wege leitet, um die Geldbeschaffung in den einzelnen Bezirken zu fortieren.

Kleine Anfragen.

Stuttgart, 2. Febr. Die Abgeordneten Schepperle und Nesper (S.) haben folgende Kleine Anfrage eingebracht: Nach einem Erlaß des Arbeitsministeriums vom 17. Januar 1924 haben die Empfänger von Leistungen aus der Angestelltenversicherung mit Wirkung vom 1. Januar 24 ab völlig und endgültig aus der Sozialrentnerfürsorge auszuscheiden. Der Kreis der Fürsorgeberechtigten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge soll sehr wesentlich eingeschränkt und die Rentnernotstandsunterstützung nur noch in den allerdringendsten Notfällen gewährt werden. Begründet werden diese Maßnahmen damit, daß die dem Reich zur Verfügung stehenden Mittel sehr beschränkt seien und die Renten ab 1. Januar 24 wieder annähered die Höhe der Vorkriegszeit erreicht hätten. Die letztere Annahme ist jedoch unzutreffend. Die nominelle Höhe der Renten ist wesentlich niedriger als vor dem Krieg, und unter Berücksichtigung des Preisniveaus erreichen die Renten nur etwa die halbe Höhe ihres Vorkriegsstandes. Die Durchführung des Erlasses würde daher alle nicht mehr arbeitsfähigen Sozialrentner in die größte Notlage versetzen. Auch würden die unter das Gesetz über die Kleinrentnerfürsorge fallenden Personen sehr in Mitleidenschaft gezogen, da sich ihre Fürsorge nach Art und Umfang derjenigen für Sozialrentner anzugleichen hat. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die Mittel für die Sozialrentnerfürsorge in ausreichender Höhe solange zur Verfügung gestellt werden, bis die durch die Post auszubezahlenden Renten in ihrem Werte wieder die tatsächliche Vorkriegshöhe erreicht haben. — Die Abgeordneten Dingler und Körner brachten die Anfrage ein: Das Landesbrennstoffamt wird ab 1. April d. Js. aufgehoben und befindet sich z. Zt. in der Abwicklung. Die Zwangsbewirtschaftung von Holz und Kohle für das Jahr 1924 ist ebenfalls aufgehoben worden. Warum wurde trotzdem von dem Landesbrennstoffamt auf den Gemeinde- und Privatwald eine Umlage zur Lieferung von Brennholz gelegt? — Der Abg. Nesper (Soz.) hat im Landtag eine Kleine Anfrage eingebracht, worin er unter Hinweis auf die Verselbständigung der Reichseisenbahnen sowie des Reichspost- und Telegraphenbetriebs die Gefahr hervorhebt, daß diese großen Verkehrsbetriebe unter privatkapitalistische Einflüsse geraten könnten. Er fragt, ob das Staatsministerium darüber Auskunft geben kann, ob ausreichende Sicherungen gegen eine solche Gefahr getroffen sind und ob es gegebenenfalls in dieser Richtung seinen ganzen Einfluß aufbieten, sowie dafür eintreten will, daß an der in der Reichsverfassung festgelegten Eingliederung des Haushalts und der Rechnung der Reichseisenbahnen in den allgemeinen Haushalt und die allgemeine Rechnung des Reichs nichts geändert wird.

Protest gegen die Aufteilung der Oberämter.

Stuttgart, 2. Febr. Gestern tagten hier die Vertreter von 17 Oberamtsbezirken, um gegen die Aufteilung von Oberämtern Stellung zu nehmen. Unter die aufzuteilenden Bezirke sollen u. a. fallen: Gaildorf, Welzheim, Neresheim, Marbach, Vaihingen, Horb, Sulz, Brackenheim. Rechtsanwalt Dr. Eisele unterbreitete zum Schluß die folgende Protest-Entschließung, die einstimmig angenommen wurde: „Die Vorstände und Vertreter von 17 Oberamtsstädten Württembergs erheben gegen den Plan der Regierung, eine Reihe von Oberamtsbezirken aufzuheben, einmütig nachdrücklichen Protest. Sie sind davon überzeugt, daß durch den geplanten Abbau der Bezirksverwaltungen nennenswerte Ersparnisse nicht erzielt werden. Sie weisen aber die Regierung mit nachdrücklichem Ernst auf die ungeheuren wirtschaftlichen und finanziellen Schäden hin, die den davon betroffenen Städten durch die Wegnahme der Aemter unzweifelhaft erwachsen würden. Sie hegen daher zu den zuständigen verantwortlichen Stellen in Regierung und Volksvertretung das Vertrauen, daß der Plan der Aufteilung einer Reihe von Oberämtern in richtig verstandenem Interesse der Allgemeinheit, zur Vermeidung wesentlicher Schädigung des Mittelstandes und einer berechtigten maßlosen Erbitterung in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht weiter verfolgt werden kann."

Verhaftung französischer Spione in Lörrach?

Dem „Petit Parisien" wird aus Straßburg gemeldet, es verlaute, daß die badische Polizei in Lörrach den Direktor einer Handelsfirma festgenommen habe, der beschuldigt werde, ein französisches Spionagebüro zu leiten. Weitere Verhaftungen von angeblichen Beschuldigten und Anstiftern seien in den letzten Tagen in aller Stille vorgenommen worden.

Erhöhung des Tarifs durch die Regie um 30 Prozent.

Düsseldorf, 2. Febr. Mit Rücksicht auf die starke Entwertung des französischen Franken hat sich die Regie veranlaßt gesehen, die Preise der Güter- und Personenbeförderung auf den von ihr betriebenen Strecken von gestern ab um durchschnittlich 30 Prozent zu erhöhen.

Das besetzte Gebiet verlangt freie Hand gegen die Separatisten.

Köln, 2. Febr. Der 60er-Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Separatistenfrage beschäftigt und folgende Entschließung gefaßt: Alle im 60er-Ausschuß vereinigten politischen Parteien des besetzten Gebiets erklären feierlich, daß hinter den Separatisten, die erst im französisch und belgisch besetzten Gebiet der Rheinprovinz und Hessen-Nassaus und seit Wochen in der Pfalz die Bevölkerung dem fürchterlichsten Terror aussetzen, keine einzige politische Partei und kein anständiger deutscher Mann steht. Würde man der Bevölkerung die gleichen Rechte geben, die die Separatisten sich anmaßen dürfen, oder wenn man ihr nur freie Hand ließe, so würde die separatistische Herrschaft in noch nicht 24 Stunden von der Empörung des gesamten rheinischen Volkes hinweggefegt sein. Wir verlangen deshalb freie Hand gegen die Separatisten.

Keine Aufhebung des Ausnahme-Zustandes.

Ein Berliner Mittagsblatt bringt in sensationeller Aufmachung die Nachricht, daß der Belagerungszustand mit Wirkung vom 15. Februar aufgehoben werden soll, und zwar vorwiegend aus außenpolitischen Gründen. Von zuständiger Stelle wird uns diese Meldung als aus der Luft gegriffen bezeichnet. Selbstverständlich haben mehrfach über die Möglichkeit einer Aufhebung des Ausnahmezustandes innerhalb der Regierung Erwägungen geschwebt. Bei der letzten Konferenz der Parteiführer mit dem Kanzler war man sich einig darüber, daß der Ausnahmezustand während der Wahlen beseitigt werden soll. Inzwischen ist eine Aenderung in dem Standpunkte der Regierung nicht eingetreten.

Ausland.

Rom, 2. Febr. Der Berliner Korrespondent des „Secolo" hebt hervor, wie groß die Sympathien seien, die in Berliner maßgebenden Kreisen den italienischen Mitgliedern der Sachverständigenkommission entgegengebracht würden. Einer der italienischen Sachverständigen, Professor Flora, erklärte dem Korrespondenten, er sei vollkommen von der Loyalität und Aufrichtigkeit der deutschen Regierung überzeugt.

Paris, 2. Febr. Auf dem Getreidemarkt in Roulins wurden gestern für den Zentner Weizen 100 Francs und für den Zentner Mehl 130 Francs notiert, was gegenüber der Vorwoche eine Verteuerung um zwei Francs bedeutet. Die Getreidebörse in Paris notierte gestern noch 98¼ bzw. 123¼ Francs.

Paris, 2. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz sind während des passiven Widerstandes aus der belgischen Besatzungszone 2045 Personen, ungerechnet ihre Familienmitglieder, ausgewiesen worden, davon 1140 Zollbeamte, 650 Eisenbahnbeamte und 234 andere Beamte. Bis jetzt sind 611 Ausweisungsbefehle rückgängig gemacht worden und 500 Anträge auf Aufhebung von Ausweisungen werden voraussichtlich in zustimmendem Sinne erledigt werden.

Paris, 2. Febr. Nach dem „Oeuvre" soll Poincare die Absicht haben, die meisten zur Zeit bestehenden Unterstaatssekretariate aufzuheben, sobald das Parlament die eingebrachten Ermächtigungsgesetze bewilligt hat. Ausgenommen bleiben voraussichtlich nur das Unterstaatssekretariat für die Handelsschiffahrt und das für Post- und Telegraphenwesen. Mehrere Unterstaatssekretäre sollen gestern dem Ministerpräsidenten bereits ihren Rücktritt angeboten haben. Poincare habe sie jedoch gebeten, abzuwarten.

London, 2. Febr. Die gestern der russischen Regierung überreichte Note mit der Anerkennung durch die britische Regierung hebt hervor, daß die Anerkennung nach internationalem Recht juristisch alle zwischen beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossenen Verträge in Kraft bringen wird, soweit sie nicht gekündigt oder sonstwie nicht juristisch erledigt worden sind. Die Ansprüche der Regierungen und Privatpersonen beider Parteien gegeneinander hätten mit der Anerkennung nichts zu tun, müßten aber geregelt werden. Nach dem Hinweis auf die Unzulässigkeit von Propaganda einer Partei gegen die Interessen der anderen wird die russische Regierung eingeladen, möglichst bald bevollmächtigte Vertreter nach London zur Erörterung der schwebenden Angelegenheiten und zum Abschluß eines endgültigen Vertrages über diese Regelung zu entsenden.

Päpstliche Spenden für Deutschland.

Von vatikanischer Seite verlautet, wie dem „Berliner Tageblatt" aus Rom gemeldet wird, daß der Papst in den letzten zwei Jahren für die Not Deutschlands 20 Millionen Lire gespendet habe. Es sei soweit gekommen, daß vor kurzem die päpstliche Kasse buchstäblich leer war. Ein telegraphischer Appell an den amerikanischen Kardinal genügte indessen, um hunderttausende von Dollars nach Rom zu lenken.

Macdonald über seine Außenpolitik.

London, 2. Febr. Anläßlich eines Empfanges, den der Pilgrim-Klub gestern abend zu Ehren des neuen amerikanischen Gesandten Kellog veranstaltete, hat Macdonald das Wort ergriffen. Hinsichtlich des Ruhrproblems erklärte Macdonald ganz allgemein, daß die Nationen noch nicht den Vorteil freundschaftlicher Beziehungen eingesehen hätten. Die Vereinigten Staaten und England dagegen wüßten diese Vorteile wohl zu würdigen. „Wir wünschen weder Bündnisverträge, noch sonstige Verträge. Die Stellung unserer beiden Länder macht den Abschluß von Verträgen überflüssig. Amerika und England sind entschlossen, zu einander zu stehen, nicht durch politische Abmachungen, sondern in der Sache der Menschheit und Freiheit. Wir haben uns früher nicht immer gut verstanden. Wie in allen glücklichen Familien kam es vor, daß wir Meinungsverschiedenheiten hatten. Im entscheidenden Augenblick mußten wir aber für einander die größte Freundschaft an den Tag zu legen." — Der Gesandte Kellog antwortete mit einer langen Ansprache, er werde nach besten Kräften zur Aufrechterhaltung der guten englisch-amerikanischen Beziehungen beizutragen versuchen. Im übrigen müßten Amerika und England den anderen Nationen mit dem Beispiel staatsmännischer Großzügigkeit in den interalliierten Angelegenheiten vorangehen und auf der Unverletzbarkeit der Verträge bestehen.

Mac Neill als Verteidiger Poincares.

London, 2. Febr. Der frühere Unterstaatssekretär Mac Neill erklärte gestern in einer Ansprache in Whitstable, Macdonald habe im Laufe der vergangenen Jahre der konservativen Regierung beständig den Vorwurf allzugroßer Nachgiebigkeit gemacht. Jetzt aber behaupte er, daß England nicht freundschaftlich genug mit Frankreich verfahren sei. Macdonald empfinde ebenfalls Frankreichs wärmste Freundschaft. Er, Mac Neill, hoffe ernstlich, daß der Premierminister diese Freundschaft nicht nur durch einen Briefwechsel mit dem französischen Ministerpräsidenten beweise, sondern auch durch die Politik der englischen Regierung. In einem solchen Falle dürfe er der Unterstützung der konservativen Partei sicher sein. Mac Neill fällte darauf allgemeine Urteile über die französische Politik. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Politik Poincares weder agressiv, noch militärisch sei. Frankreich habe weder den Wunsch, noch die Absicht, ein anderes Land anzugreifen. Doch bestehe es mit Recht auf Garantien für seine eigene Sicherheit. Es sei nicht recht, meinte Mac Neill zum Schluß, von Frankreich zu verlangen, daß es die Entscheidung über seine Existenz dem Völkerbund überläßt.

Der Kampf gegen die Welt-Lüge.

In der amerikanischen Zeitung „Herold" (Milwaukee) lesen wir folgenden belangreichen Bericht, in dem endlich einmal rücksichtslos der Schleier von der uns feindlichen Weltpropaganda gerissen wird: „Es darf jetzt gesagt werden",

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nannte der bekannte englische Kriegskorrespondent Gibbs sein Buch, als er nach dem Kriege die Zeit für gekommen erachtete, aus der Schule zu plaudern und das, was er wirklich gesehen, zu berichten, anstatt der Dinge, die während des Krieges auf Befehl und Anordnung der Regierung kolportiert wurden. „Es darf jetzt gesagt werden", kann man ausrufen, wenn man hört, daß Admiral William S. Sims kürzlich dem Los Angeles City Club die Wahrheit über die deutschen Tauchboote mitteilte. Sims erklärt, es sei kein Beweis dafür da, daß die Besatzungen oder Mannschaften der deutschen Tauchboote je irgendwelche Greuel verübten. Der Admiral fuhr fort: „Die Pressenachrichten über schreckliche Greuel waren nichts als Propaganda. Die britischen Flottenakten und unsere eigenen sind mit Berichten gefüllt, aus denen hervorgeht, daß die deutschen U-Boot-Kommandeure bei der Rettung der Passagiere und Mannschaften jener Schiffe, die sie versenkten, stets Hilfe leisteten. Wenn sie die Schiffe nicht im Schlepptau in Sicherheit bringen konnten, benachrichtigten sie stets mit Hilfe des Radio andere Schiffe über die Stelle, wo die beschädigten Schiffe sich befanden." Jetzt darf's gesagt werden. Die Lügen, Verdrehungen, Greuelgeschichten und Verleumdungen haben ihren Zweck erfüllt, den nämlich, die Nationen gegen das deutsche Volk zu hetzen. Jetzt darf die Wahrheit gesagt werden, denn jetzt ist das Ziel, Deutschland für Jahre hinaus zu vernichten, gründlich erreicht. Die Sims-Erklärung ist etwas für die Geschichtsschreiber der Zukunft, die die Tragödie des Weltkrieges, in dem die Lüge die erste Großmachtsrolle spielte, niederschreiben und aufdecken werden.

Auflösung des japanischen Parlaments.

Im japanischen Parlament kam es gestern zu erregten Szenen. Die Opposition des Unterhauses beschuldigte die Regierung, daß sie an dem Attentat gegen den Eisenbahnzug, in dem sich Mitglieder der Opposition befanden, beteiligt gewesen sei. Als der Eisenbahnminister antworten wollte, stürzten sich drei Eindringlinge auf den Präsidenten und trieben ihn aus dem Saal. Es folgte eine schwere Prügelei, die mit Fäusten und Flaschen ausgefochten wurde. Die Sitzung wurde aufgehoben. Dann machte der Ministerpräsident Mitteilung von der Auflösung des Hauses, die völlig unerwartet kam.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 4. Febr. Der gestrige Klavier- und Liederabend von Fred Romberg und Kurt Dieterich im „Bären" sah einen ausverkauften Saal hiesiger und auswärtiger Musik- und Gesangsfreunde und bedeutete einen materiellen und künstlerischen Erfolg. Die Vortragsfolge bot Werke von Bach-Liszt und Chopin. In den zwei Nummern für Klavier, Orgel-Phantasie g-moll von Bach-Liszt und Polonaise es-moll von Chopin zeigte Herr Dieterich sich als Meister dieses Instruments. Technisch durchaus auf der Höhe sprudelten und wirbelten die Töne unter den gewandten Fingern hervor bald in markanten Akkorden, bald in zart verklingenden Tönen, dabei erledigte er sich seiner Aufgabe ohne Notenmaterial. Das war echte ideale Musik von hervorragender Güte und Anmut. In Herrn Romberg lernten wir einen vollendeten Gesangskünstler kennen. Sein wohlklingendes, sympathisches Organ, das bei einem Tenor überraschend kräftig auch in den unteren Lagen erklang, verriet neben gründlicher Schulung und deutlicher Aussprache zarten Schmelz und angenehmen Wohllaut. Mit den 6 Nummern von Schumanns „Dichterliebe", in den Wolf'schen Liedern „Verborgenheit", „Der Tambour" und „Heimweh", wie in den Strauß'schen Schöpfungen „Traum durch die Dämmerung", „Ich trage meine Minne" und „Zueignung" sang er sich in die Herzen der Zuhörerschaft hinein. In allen Lagen Wohlklang, Allgewalt der Töne, Feinheit der Wiedergabe sind hervorstechende Eigenschaften des Vortrags, mit dem er die Anwesenden besonders für sich einnahm. Ihr Herrn Dieterich hatte er einen ebenbürtigen Partner, der ihn trefflich auf dem Klavier begleitete. Die Zuhörerschaft lauschte den vorzüglichen Darbietungen mit sichtlichem Interesse und gab ihrer Zufriedenheit wiederholt und am Schlusse durch stürmischen Beifall, der die beiden Künstler zu einer Dreingabe veranlaßte, Ausdruck. Es war eine Stunde weihevollen Erlebens im Reiche der Töne.

Neuenbürg, 4. Febr. In verhältnismäßig guter Rüstigkeit und Frische ist es einem allseitig geachteten Mitbürger, Herrn Emil Meisel, Kaufmann, vergönnt, heute seinen 70. Geburtstag zu begehen. Geboren am 4. Februar 1854 in Aachern als Sohn eines Mühlebesitzers, widmete er sich dem kaufmännischen Beruf, der ihn u. a. als Vertreter einer Würzburger Firma weit in deutschen Gauen umherbrachte. Im März 1889 erwarb er das damalige Hummel'sche Spezereigeschäft, das er unter Aufgabe dieser Artikel zu einem Manufakturwarengeschäft ausbaute, welchem er im Laufe der Zeit noch eine Weinhandlung angliederte. Vermöge seiner gründlichen Erfahrungen auf allen kaufmännischen Gebieten und der Reellität seiner Waren brachte er beide Geschäfte zu hoher Blüte. Vor einigen Jahren gab er die Weinhandlung infolge vorgeschrittenen Alters auf und betreibt heute nur noch das Manufakturwarengeschäft. In den langen Jahren seines Hierseins trat er vielfach in der Oeffentlichkeit hervor. Das Vertrauen seiner Mitbürger berief ihn längere Zeit in den Gemeinderat, der katholische Kirchenstiftungsrat zählt ihn heute noch zu seinem Mitglied, in verschiedenen Vereinen und Genossenschaften bekleidete er Vertrauensposten, teilweise noch heute. Aber auch Schicksalsschläge blieben dem nunmehr Siebzigjährigen nicht erspart. Im Jahr 1915 verlor er seine treue Lebensgefährtin, einen Sohn, Karl Meisel, raffte der Tod während der aktiven Dienstzeit hinweg, und der Weltkrieg forderte ein zweites Opfer in seinem hoffnungsvollen Sohn Max Meisel am 15. August 1918. Von seinen beiden weiteren Söhnen betreibt Herr Oskar Meisel ebenfalls ein Manufakturwarengeschäft am hiesigen Platze, während ein weiterer Sohn, Hermann Meisel, in Amerika ebenfalls als Kaufmann lebt und schon wiederholt durch Liebesgaben Bedürftige seiner Vaterstadt erfreute, wie auch der Jubilar eine dahinzielende Tätigkeit im Stillen ausübt. Im Jahr 1917 vermählte sich Herr Meisel zum zweitenmal und steht heute noch mit seiner Gattin dem Geschäfte vor. Wir wissen uns mit dem größten Teil der Bürgerschaft einig, wenn wir dem Siebzigjährigen die besten Wünsche zum heutigen Tage und für sein späteres Leben darbringen.

△ **Herrenalb**, 2. Febr. (Vereinsgründung.) Am letzten Sonntag, den 26. Januar, wurde auf Veranlassung der Karlsruher und Pforzheimer Sportsfreunde hier eine Ortsgruppe des ADAC. unter dem Namen Motorsportklub Herrenalb gegründet. Dem Klub traten sofort etwa dreißig Mitglieder bei. Derselbe soll in das Vereinsregister baldmöglichst eingetragen werden. Der Ausschuß besteht zur Hälfte aus Mitgliedern der Hotelvereinigung hier, zur Hälfte aus Sportsfreunden. Der neugegründete Klub hat vor allem die Aufgabe, das voriges Jahr in Herrenalb mit großem Erfolg stattgehabte Automobil-Turnier fortzuführen und für die künftigen Jahre vorzubereiten. Für dieses Jahr war vom ADAC. als Termin der 16. Juni vorgesehen; doch soll mit Rücksicht auf die um diese Zeit stattfindenden Klubsprüfungen in Pforzheim und Solitude-Stuttgart der Termin auf 7. oder 14. September verlegt werden. Möge die neugegründete Ortsgruppe einer gedeihlichen Blütezeit entgegengehen!

Württemberg.

Ertingen OA. Herrenberg, 3. Febr. (Weidmannsheil.) Schon längere Zeit wurden Fährten von Wildschweinen im Schönbuch beobachtet. Generalleutnant von Hosacker gelang es jetzt, einen über 2 Zentner wiegenden Keiler am Stunzartrain zu erlegen.

Sulz a. N., 2. Febr. (Keine Salzstadt mehr.) Sulz hat aufgehört, Salzstadt zu sein. Die uralte Saline Sulz hat ihren Betrieb eingestellt und es soll, wie man hört, die Saline mit Gebäulichkeiten und Areal vom württ. Staat verkauft werden. Die Stadtgemeinde selbst dürfte an diesem Areal das größte Interesse haben, da es bekanntlich Sulz immer an Baugelände mangelte.

Stuttgart, 2. Febr. (Beamtenabbau.) Auf den 1. Februar sind in den Ruhestand getreten unter anderen der Präsident der Ministerialabteilung für die höheren Schulen Dr. Herzog, die Professoren der Akademie für die bildenden Künste Pötzelberger und Speyer, die Studiendirektoren Krimmel und Rath, 7 Studienräte, 1 Oberpräzeptor und 3 Oberreallehrer, Handelsschuldirektor Münzenmeier; ferner im Geschäftsbereich des evangelischen Oberschulrats Studiendirektor Dietrle, Schulrat Eisele und 22 Volksschulrektoren, 30 Oberlehrer, 1 Oberlehrerin; außerdem im Geschäftskreis des katholischen Oberschulrats 7 Volksschulrektoren und 9 Oberlehrer in besonders wichtiger Stellung.

Stuttgart, 2. Febr. (Geflügelausstellung.) Heute vormittag 11 Uhr eröffnete Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager die unter seinem Protektorat in der städt. Gewerbehalle in Stuttgart stattfindende 32. Landesverbandsausstellung des Vereins der Geflügel- und Vogelfreunde in Stuttgart, sowie des Bundes der Rassegeflügelzüchter von Württemberg und Hohenzollern. Der Leiter der Ausstellung ist Hausmeister a. D. Kail. Nach den Begrüßungsworten des Bezirksnotars Stellrecht betonte Landwirtschaftsdirektor von Ströbel, daß die Landbevölkerung der Ausstellung ein besonderes Interesse entgegen bringe, aber nicht so sehr auf schöne Rassen, Farben und Formen, als auf Leistungen Wert lege. Die Ausstellung ist aus allen Teilen des Landes sehr reich beschickt. Es sind viele Arten von Hühnern, Enten, Gänsen und Tauben vertreten. Die Ausstellung gibt ein anschauliches Bild von den Zuchtbestrebungen im Lande. Für die Prämlierung sind mehrere Ehrenpreise vorgesehen.

Neuhausen a. F., 3. Febr. (Beim Ehrensalut verunglückt.) Als man Karl Eisele, Veteran von 1866 und 1870—71, beerdigte, wurden „drei Salven in sein Grab" geschossen. Da der dritte Schuß nicht pünktlich erfolgte, lud Schutzmann Richard Rank nach dem Hindernis. Im gleichen Augenblick erfolgte der Schuß und Rank erhielt trotz aller Vorsicht eine Ladung Zündpulver ins Gesicht. Blutend wurde er in ein nahes Haus verbracht. Glücklicherweise scheint kein Auge Schaden gelitten zu haben.

Leonberg, 2. Febr. (Die Kuh auf der Staffel.) Einen sonderbaren Ausflug machte eine Kuh aus dem Stall der Firma Kaufmann und Oppenheimer. Sie stieg die etwa 100 Staffeln des Törleswegs langsam und bedächtig hinunter, kam wohlbehalten unten an und konnte wieder unbeschädigt in ihren Stall gebracht werden.

Rottenburg, 1. Febr. (Besitzwechsel.) Das der Frau Studienrat Dr. Rommel-Freudenstadt gehörige Haus Eberhardstraße Nr. 15 mit 3 Vierzimmerwohnungen ging um die Summe von 15 000 Mark in den Besitz des Bischöflichen Ordinariats über. — Den Bauplatz an der Wechtbildstraße ersteigerte die Stadtgemeinde um die Summe von 2000 Mark. — Den früher der Darlehenskasse gehörigen Garten, ebenfalls Bauplatz, Ecke Auten- und Sofienstraße, Oberamtsbaumeister Sulzer-Spaichingen gehörig, erwarben um die Summe von 6000 Mark die Gebrüder Hallmayer, welche darauf ein Doppelwohnhaus nebst Werkstatträumen zu errichten gedenken.

Alpirsbach, 2. Febr. (Zur Aufteilung der Oberämter.) Anläßlich der Aufteilung von Oberämtern zwecks Vereinfachung der Verwaltung haben die Stadtverwaltung und der Gemeinderat von Alpirsbach an die Bezirksräte von Oberndorf und Freudenstadt den Antrag gestellt, die Stadtgemeinde Alpirsbach aus dem OA. Oberndorf wegzunehmen und dem Oberamtsbezirk Freudenstadt zuzuteilen.

Dürnau OA. Riedlingen, 2. Febr. (Wasserscheu.) Eine größere Zigeunerkarawane kam letzter Tage von Buchau her und wollte sichs in unserem Orte braucm machen. Doch kurz entschlossen blies der Feuerwehrhornist Alarm, und kaum hatte sich eine Anzahl Männer eingefunden, da waren die braunen Söhne mit ihren Wagen schon auf und davon. Sie hatten das Signal sehr wohl verstanden, denn mit kaltem Wasser wollen sie nichts zu schaffen haben.

Von der Iller, 1. Febr. (Ertrunken.) Landwirt Hartmann hatte einen Geschäftsgang nach Kruggell gemacht und benützte den Fußweg, der hart an der Iller entlang führt. Bei dem herrschenden Schneesturm geriet er auf dem Heimweg etwas vom Pfad ab, stürzte die steile Böschung in die Iller hinab und ertrank. Andern Tags fand man seine Leiche, die sich unweit der Unglücksstelle in einem Gebüsch verhangen hatte.

Großgartach, 3. Febr. (Unsinnige Pachtpreise.) Bei der Güterverpachtung eines nach Argentinien Ausgewanderten wurden enorme Summen nach Weizen geboten. Für 28 Ar Acker, aber nicht bester Qualität, wurden zirka 9 Zentner Weizen pro Jahr, für ein 13 Morgen großes Gut 100 Zentner Weizen erzielt.

Erlenbach OA. Weinberg, 1. Febr. (Weinversteigerung.) Zur Weinversteigerung hatten sich viele Interessenten, besonders aus dem Oberland, eingefunden. Die Kauflust war rege. Es wurde erzielt für Rotwein pro Hektoliter bis zu 145 Mark, für Weißwein von 120—140, für Schillerwein 85—106 Mark.

Frankenbach OA. Weinsberg, 3. Febr. (Weinversteigerung.) Bei der Weinversteigerung waren viele Interessenten zugegen. Die Kauflust war rege. Es wurden erzielt für Rotwein pro Hektoliter bis zu 145 Mark, für Weißwein 120—140, für Schillerwein 85—106 Mark.

Mergentheim, 2. Febr. (Der Dank von Herzog Albrecht.) Der Hofmarschall des Herzogs Albrecht von Württemberg, Freiherr von Gemmingen, hat im Auftrag des Herzogs Stadtschultheiß Klotzbücher in einem Schreiben den besten Dank für die freundliche Unterstützung der Stadtverwaltung bei der Vermählungsfeier zum Ausdruck gebracht. Es heißt darin: Die gesamten Veranlassungen, nicht zum mindesten das vorzügliche Verhalten der Schutzpolizei, haben dazu beigetragen, diese Feier zu einer wirklich würdigen und harmonischen zu gestalten. Ferner hat ein großer Teil der Bürgerschaft bei diesem Anlaß Gelegenheit genommen, S. K. H. persönlich, schriftlich oder durch Einschreiben seine Sympathie und Anteilnahme zu bezeigen. S. K. H. waren durch dieses Verhalten der Bürgerschaft wohltuend berührt und haben es freudig empfunden. Stadtschultheiß Klotzbücher wird gebeten, den Ausdruck des Dankes und der Freude unter der Bürgerschaft zu verbreiten. (Tauberztg.)

Baden.

Riedöschingen (A. Donaueschingen), 2. Febr. Hier kam es nachts (!) auf der Dorfstraße zu einer Messerstecherei zwischen Volks- und Fortbildungsschülern (!). Eifersucht (!) soll die Schuld sein.

Siegelau (A. Waldkirch), 2. Febr. Kürzlich sollte hier eine Bürgerausschußsitzung stattfinden, zu der sich die gewählten Mitglieder des Ausschusses ziemlich vollständig eingefunden hatten. Wer aber nicht kam, das war der Bürgermeister, der im Nebenberuf das Geschäft eines Hausmetzgers ausübt. Erst glaubte man, sein Fernbleiben sei die Einleitung seiner baldigen Amtsniederlegung. Der Grund seines Nichterscheinens war jedoch ein weit einfacherer. Der Bürgermeister war um die fragliche Zeit mit einer Hausschlachtung beschäftigt und hatte im Eifer der Arbeit die Bürgerausschußsitzung vollständig vergessen.

Weinheim, 31. Jan. In Heppenheim a. d. B. hat sich der 22 Jahre alte Techniker Karl Heuer erschossen. Er hatte die Absicht, gemeinsam mit einem Mädchen, mit dem er ein Verhältnis unterhielt, in den Tod zu gehen. Das Mädchen hatte von seiner Absicht Kenntnis, worauf ein Polizist und zwei Brü-

---

19)

Der Kampf im Spessart.

Erzählung von Levin Schücking.

Fünftes Kapitel.

Der Schösser stapfte unterdessen unwirsch davon, er ging Frau Asta berichten, daß dieser heillose Mensch, der Förster Buchrodt, ihm angekündigt habe, Haus Goschenwald werde eine Einquartierung erhalten, als er plötzlich stehenblieb und wie schreckergriffen beide Hände von sich streckte.

„Alle Teufel!" sagte er.

Frau Asta, an der andern Seite des Hofes auf einem umgestülpten Eimer sitzend um zu warten, bis es dem Gestrengen gefalle, zum Essen zu kommen, stieß einen leisen Schrei aus. Die Mägde um sie herum riefen auseinanderfahrend: „Da hören Sie's selber."

Frau Asta hörte es selber und der gestrenge Herr hörte es auch. Er hörte Kanonenschüsse, unverkennbare Geschützesschläge — eins, zwei, drei — ein halbes Dutzend aufeinanderfolgend — dann eine Pause — dann aufs neue.

Alle Kriegserfahrung des Ritterschaftlichen half da nichts — es war Kanonendonner; in der Ferne mußte ein Gefecht stattfinden, und daß es stattfand, bewies, daß die Franzosen geschlagen seien, daß sie auf ihrer Rückzugslinie durch den Spessart angegriffen wurden.

Und so war es in der Tat. Die Führer des Aufstandes hatten ihre Leute so lange vom Angriff zurückgehalten, als es möglich war. Ein zu früher Ausbruch der Erhebung hätte die Feinde gewarnt. Sie hätten andere Wege eingeschlagen, wenn sie zu früh erfahren, wie gefährlich und verhängnisvoll ihnen die Waldpässe des Spessarts werden sollten.

Denn die Schlacht bei Würzburg war geschlagen, ein zweiter entschiedener Sieg der Kaiserlichen. Die Sambre- und Maasarmee war halb aufgelöst; in bunt und wild gemischten Massen flutete sie in die Defilees hinein, in denen sie keine Gefahr ahnte; hatte sie doch bei ihrem Vorrücken die Entwaffnung des Landes vorgenommen, hatte doch Jourdans Proklamation Todesstrafe auf den Besitz von Waffen gesetzt.*)

Und trotz dieser Drohungen stand das Land jetzt in Waffen, wenn diese Waffen auch freilich gar oft nur die einfache Pike waren in die jede Heugabel, jede Stange sich rasch umgewandelt, wenn der Haß eines durch Mißhandlung empörten Volkes losbricht, oder das Holzfällerbeil, das ein etwas längerer Stiel zur besten Hellebarde und so gefährlich wie die schneidigste Streitaxt macht. Und der Feind war ja geworfen; er mochte jetzt mit Totschießen, Niederbrennen drohen, jedermanns Hand, jede nervige Faust in den Bergen erhob sich wider ihn und jede krampfte sich um ein rächendes Eisen.

Die Schlacht bei Würzburg hatte am 3. September stattgefunden. Die Truppen der Republik, geführt von ihren besten Generalen, dem kühnen, glänzenden und so früh gefallenen Championnet, von Bernadotte, Lefevre, Grenier, Ney, hatten sich tapfer geschlagen. Der mörderische Kampf hatte lange unentschieden hin- und hergewogt, von sieben Uhr, dem Augenblick, wo der dichte Nebel des Herbstmorgens fielen, bis um drei Uhr nachmittags, wo ein von Wartensleben ausgeführtes Kavallerlemanöver den Ausschlag gegeben. Vierundzwanzig Schwadronen Harnischreiter hatte er vorgeführt; sie marschierten im verdoppelten Feuer der französischen Artillerie in größter Ruhe auf; vierzehn Schwadronen leichter Reiterei wurden auf ihrem rechten Flügel en échelon gesetzt und im Verein mit acht frischen Grenadierbataillonen, die sich an ihren linken Flügel schlossen, führten sie den entscheidenden Schlag.

Jourdan befahl gegen vier Uhr den Rückzug. Die französische Armee vollzog diesen auf zwei Straßen. Ihr Gros bewegte sich nordwärts über Hammelburg, Brückenau, Schlüchtern, um die Lahn zu erreichen. Ein anderer Teil des geschlagenen Heeres warf sich westwärts und folgte der Straße durch den Spessart nach Frankfurt, um sich auf die letztere Stadt zurückzuziehen und dann mit dem Blockadekorps von Mainz zu vereinigen, das etwa zwölftausend Mann stark unter Marceaus Befehle stand.

Die Heerstraße von Würzburg nach Frankfurt lief damals in nordwestlicher Richtung über Heidenfeld, wo sie den Main überschritt, durch stille und wenig bevölkerte Waldtäler nach Aschaffenburg.

Eine zweite Straße folgte von Würzburg bis Gmünden und Lohr dem Laufe des Mains, um von Lohr stark westlich auf Aschaffenburg zuzulaufen. Es ist die Linie, welche jetzt, nur ein wenig mehr nördlich gelegt, die Eisenbahn verfolgt.

Der Erzherzog Karl detachierte einige Korps zur Verfolgung der nordwärts abziehenden Feinde, die Hauptmasse seiner Truppen dirigierte er westwärts, dem untern Main zu, um die Besatzung von Mainz an sich zu ziehen und sich dann südwärts auf Moreau zu werfen. Die Infanterie sollte über Langfurt und Heidenfeld und Rohrbrunn der Hauptstraße folgen, die Kavallerie über Bischofsheim und Miltenberg rücken, beide, nachdem sie am 4. bei Würzburg gerastet. (Fortsetzung folgt.)

*) In seiner Proklamation vom 11. Messidor im vierten Jahre der französischen Republik hieß es: „Die Bewohner der Dörfer, Flecken, Städte, welche sich bewaffnet vereinigen würden, werden mit Gewalt zur Niederlegung ihrer Waffen gezwungen, sodann erschossen und ihre Häuser verbrannt werden. Jeder Bewohner, welcher im Lande gefunden wird und ohne Erlaubnis eines Generals oder Oberoffiziers Waffen trägt, soll arretiert, verurteilt und auf der Stelle erschossen werden."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der des Heuer erschienen, um ihn von dem Haus, in dem das Mädchen bedienstet war, und vor dem er sich den ganzen Tag über aufhielt, wegzubringen. Heuer schoß nun zunächst gegen das Haus, richtete dann die Waffe gegen sich selbst und erschoß sich.

Mannheim, 1. Febr. In zahlreichen Prozessen, die wegen der Ausschreitungen vom 15. Oktober v. Js. bisher zur Verhandlung gelangten, bekundeten die Angeklagten, daß den unmittelbaren Anstoß zu den Plünderungen die aufreizende Rede eines Mannes gegeben habe, der auf einem Rade stehend ungefähr gesagt habe: „Die Stadt gibt nichts her: Die Würstel sind gefallen! Seht wie Ihr Euch selbst helft!" oder „Holt Euch selbst was!" Dieser Mann soll der 39 Jahre alte Monteur Martin Faulhaber gewesen sein, der sich gestern unter der Anklage des Aufruhrs vor der Ersten Strafkammer zu verantworten hatte. Die Anklage gegen ihn lautete außerdem auf Vergehen gegen Verordnungen der Militärbehörde, begangen durch Aufforderung zur Bildung proletarischer Hundertschaften und Teilnahme an Menschenansammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren. 12 Wochen der Untersuchungshaft kommen in Anrechnung. Das Urteil stellte fest, daß das Verhalten des Angeklagten die schweren Folgen herbeigeführt habe.

Mannheim, 2. Febr. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr mußte ein französisches Flugzeug wegen Motordefekts zwischen Ladenburg und Eisenstein auf freiem Felde landen. Das Flugzeug war besetzt mit einem Sergeanten und einem Unteroffizier, die in Mainz in Garnison stehen. Die Piloten werden heute nach Mainz zu ihrem Regiment zurückkehren. Es scheint, daß sie ihren Flug nicht auf Weisung des vorgesetzten Offiziers vorgenommen, sondern vielmehr die Maschine zu einer schwarzen Fahrt benützt haben. Die Gendarmerie hat sich an Ort und Stelle begeben, um die nötigen Ermittelungen vorzunehmen und den Apparat zu bewachen.

Vermischtes.

Wenn zwei sich streiten. In Altomünster (Bayern) schlachten die Bauern ihr schlachtreifes Vieh selbst, da ihnen von den Metzgern zu niedrige Preise geboten werden. Zunächst verlangten die Bauern 50 Pfg. für das Pfund. Durch diese Selbsthilfe wurden die Metzger kalt gestellt. Nun gingen diese her und boten das Fleisch für 40 Pfg. das Pfund aus. Doch, was die Metzger können, das können wir auch, sagten die Bauern, ja noch mehr. Sie geben nun das Pfund um 35 Pfg. her. Die Bevölkerung hat an diesem „Kampf" ihre helle Freude.

Das Todesurteil einer Strafkammer. Die Strafkammer in Bernburg verurteilte in voriger Woche einen Angeklagten, der seinen eigenen Sohn totgeschlagen hatte, nach 6½stündiger Sitzung zum Tode. Das Urteil ist nach der neuen Notgerichtsverordnung sofort rechtskräftig. Es dürfte das erste Todesurteil sein, das in Deutschland von einer Strafkammer gefällt worden ist.

In Island Tauwetter — am Mittelmeer Schnee. Verdrehte Welt, wohin man blickt. Während es sonst üblich war, daß zu jetziger Jahreszeit in der Gegend des Polarkreises die Eisriesen ihr Szepter schwangen, vielweil am Mittelmeer die Frühjahrssonne ihre ersten feurwitzigen Strahlen durch die Regenwolken blicken ließ, ist es in diesem Jahre gerade umgekehrt. Denn einer der letzten Wetterberichte weiß zu melden, daß Island 2 Grad Wärme hatte, Athen aber bei 3 Grad Kälte starken Schneefall.

Der Doktor als Schuhmacher. In Arad im rumänischen Banat erregt ein Geschäftsschild großes Aufsehen: „Dr. Joseph Teglasy, Herren- und Damenschuhmacher". Der jetzt 35 Jahre alte, geborene Hermannstädter, Doktor der Rechte, trat im Jahre 1913 in den Verwaltungsdienst des Temesvarer Komitats. Den Eid auf Rumänien hat er zwar abgelegt, da er aber die Staatssprache nicht beherrschte, merkte er bald, daß es für ihn kein Vorwärtskommen mehr gäbe, nahm Unterricht bei einem Schuhmacher und hat sich jetzt als Schustergeselle ein kleines Geschäft gekauft, um sich ganz dem Handwerk zu widmen. Das Handwerk soll ihn besser nähren als sein ursprünglicher Beruf.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 1. Febr. (Börsenbericht.) Die Börse lag heute ziemlich fest und es zeigte sich besonderes Interesse für Daimler. Sehr schleppend gestaltete sich dagegen das Geschäft im Freiverkehr. Daimler plus 0,95 (5,9), Württ. Metall plus 10 (65), N.S.U. pl. 1 (7,25), Spinnerei Unterhausen pl. 3 (80).

Stuttgart, 2. Febr. (Vom Wochenmarkt.) Am heutigen Wochenmarkt ging Schweineschmalz bis auf 70 Pfennig das Pfund herunter, Butter ist reichlich angeboten. Auch Landleute finden sich in der Markthalle wieder ein, ein Zeichen, daß das Hamstern auf dem Lande aufgehört hat und Handel und Wandel in vernünftige Bahnen zurückkehren. Ausländischer Blumenkohl ist bis auf 6 Mark für die Steige (15—18 Stück) zurückgegangen. Die Fischpreise sind, denen des Fleisches folgend, billiger geworden.

Crailsheim, 3. Febr. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 25 Läufer- und 455 Milchschweine. Preis: 1 Paar Läuferschweine 45—80 Mark, 1 Paar Milchschweine 26—46 Mk.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Allmählich setzt sich das Vertrauen zur Wertbeständigkeit der deutschen Rentenmark auch in den Kreisen der Zweifler und Spötter durch. Der langsame Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft steht im engsten Zusammenhang damit. Dagegen ist ein Uebelstand andauernd zu beklagen: die Geldknappheit, die in Handel und Verkehr, bei der Landwirtschaft und der Industrie, überall in gleichem Umfange hemmend wirkt. Die Geldsätze sind immer noch viel zu hoch, eben eine Folge dieser Geldknappheit. Die Hoffnungen auf eine Erleichterung des Geldmarktes durch eine internationale Anleihe, sind noch sehr unbedeutend. Selbst in Amerika herrscht die Ueberzeugung vor, daß Deutschland nicht eher Kredit verdiene, als bis es die Höhe seiner Kriegsschulden kenne, einen Zahlungsplan habe und von den drückendsten Bedingungen des Versailler Vertrags befreit werde.

Börse. In der letzten Berichtswoche hat sich die Stimmung der Börse um eine Kleinigkeit gebessert. Ganz so lustlos wie in den letzten Wochen verlief das Geschäft nicht. Trotzdem waren die Umsätze auf allen Gebieten klein und auch der Stand der Kurse hat sich nur wenig gehoben. Im Freiverkehr zeigte sich vermehrtes Interesse für Fichtelgold und einige anderen Spezialwerte von guter Unterlage. Im offiziellen Verkehr werden Bankaktien gern gekauft, desgleichen einige festverzinslichen Werte. Bezüglich der letzteren, zu denen auch die Hypothekenpfandbriefe und Industrieobligationen gehören, hat die neue Notverordnung des Kabinetts über die Aufwertung viel Aufsehen erregt. Die Meinungen sind schroff geteilt. Die Verteidiger der Regierungsmaßnahmen haben einen schweren Stand gegen die Angriffe der Kreise, die sich auf Treu und Glauben berufen und die geringe Aufwertung unmoralisch nennen, besonders mit Rücksicht darauf, daß den Gläubigern 90 Prozent ihres Guthabens vorenthalten werden, das Reich aber den Schuldnern von ihrem so erzielten Inflationsgewinn 12 Prozent als Steuern abnimmt. Die Aussichten für eine durchgreifende Belebung des Börsengeschäftes sind demnach nicht rosig.

Produktenmarkt. Die Getreidepreise hallen jetzt rascher, die Stimmung hat sich bedeutend abgeschwächt. Der Verkehr auf dem Getreide- und Mehlmarkt ist lustlos. An der Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 31. Januar gingen die Heu- und Strohpreise auf 8½ bzw. 6 Mark zurück. An der Berliner Produktenbörse desselben Tages notierten Weizen 138 (—20), Roggen 120 (—19), Gerste 152 (—13), Hafer 100 (—12) und Mehl 24 (—1½) Mark.

Warenmarkt. Das Geschäft hat sich etwas belebt. Allmählich wirken trotz der Geldknappheit die fortgesetzt nachgebenden Preise anreizend auf die Käuferschichten. Selbst Textil- und Lederwaren geben allmählich nach. Kohle und Eisen haben wiederum etwas abgeschlagen. Oele, Fette, Chemikalien und auch Möbel stehen zwar zum Teil noch über den Friedenspreisen, sind aber nicht mehr unerschwinglich. Auffallend hoch sind immer noch die Bierpreise, besonders die der bayerischen Brauereien. Eine üble wirtschaftliche Erscheinung ist das Eindringen des Pilsner Biers in die deutschen Gastwirtschaften, wodurch viel gutes deutsches Geld in die uns feindlich gesinnte Tschecho-Slowakei abfließt. Auch die Weinpreise sind immer noch viel zu hoch.

Viehmarkt. Der Auftrieb von Schlachtvieh auf die Märkte hat trotz des strengen Winters zugenommen. Die Preise gaben abermals nach. In Stuttgart hat Schweine- und Kalbfleisch wiederum abgeschlagen. Zuchtvieh ist noch teuer, doch sind seine Preise auf rückläufiger Linie.

Holzmarkt. Die starke Nachfrage nach Brennholz hält an. Die letzten Versteigerungen ergaben wiederum viel zu hohe Preise. In Langholz ist wenig Geschäft. Auch Bretter werden angesichts der darniederliegenden Bautätigkeit nur in mäßigen Mengen gehandelt. Die nächsten Aussichten des Holzmarktes werden von den Fachkreisen ungünstig beurteilt.

Neueste Nachrichten.

München, 2. Febr. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die Auflösung des Landtags durch einen eigenen Beschluß im Laufe der nächsten Woche erfolgt. Damit erledigt sich das Volksbegehren der bayrischen Volkspartei von selbst.

München, 2. Febr. Die Staatsanwaltschaft hat gegen elf Teilnehmer der im Oktober in der Villa „Flora" bei München abgehaltenen kommunistischen Versammlung, die eine kommunistische Aktion vorbereiten wollte, Anklage auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz erhoben. Bei der Haussuchung war seinerzeit auch Pikrinsäure gefunden worden. Die Verhandlung beginnt am 8. Februar.

Moosburg (Oberbayern), 2. Febr. Der kürzlich hier verhaftete Schlosser Kagerbauer, der bereits drei von ihm ausgeführte Raubmorde eingestand, erweitert jetzt im Landshuter Gefängnis sein Geständnis dahin, daß er noch einen vierten Mord sowie eine Brandstiftung verübte. Ueber einen fünften Mord sind die Aussagen noch unklar. Als Motiv für seine Mordtaten gibt Kagerbauer an, daß er Geld gebrauchte.

Mannheim, 1. Febr. Die Meldung der „D. A. Z.", wonach der Geschäftsführer bezw. verantwortliche Leiter der „Speyerer Zeitung" von den Speyerer Verlegern aus der Organisation ausgeschlossen worden sei, weil in seinem Betriebe das Veröffentlichungsblatt der sogenannten autonomen Regierung gedruckt wurde, entspricht nicht den Tatsachen. Der Druck dieses Blattes erfolgte gegen den ausdrücklichen Willen der Geschäftsleitung.

Weißensee bei Berlin, 3. Februar. Hier haben in der vergangenen Nacht unbekannte Täter an dem Gebäude der Norddeutschen Marmorwerke einen Sprengkörper zur Explosion gebracht, wobei nur geringfügiger Schaden angerichtet worden ist. Man vermutet einen Racheakt, da in der Fabrik zurzeit gestreikt wird.

Berlin, 2. Febr. Zu der am 31. Januar verbreiteten Nachricht, daß der Erholungsurlaub der Beamten gleichmäßig um 7 Tage gekürzt werden solle, ist zu bemerken, daß das Reichskabinett zunächst den Minister des Innern beauftragt hat, mit den Beamten-Spitzenorganisationen und Vertretern der Landesregierungen über die Regelung des Urlaubs für 1924 auf dieser Grundlage in Verhandlungen einzutreten. Erst nachdem das Ergebnis dieser Verhandlungen dem Reichskabinett vorliegt, wird dieses über eine Kürzung des Urlaubs endgültig entscheiden. Auf Grund der Nachricht über die beabsichtigte Kürzung des Erholungsurlaubs der Beamten sind laut „Lokalanzeiger" gestern die Spitzenorganisationen der Beamten zusammengetreten, um über die zu ergreifenden Schritte zu beraten. Es wurde beschlossen, sofort beim Reichskanzler und beim Reichsminister des Innern Vorstellungen zu erheben, um die beabsichtigte Maßnahme zu verhindern.

Berlin, 3. Febr. Von der Ersten Sachverständigenkommission, die heute keine Vollsitzung abhielt, beschäftigte sich heute der erste Unterausschuß mit dem Budget, insbesondere mit dem statistischen Material, das ihm von der deutschen Regierung übermittelt worden war. Der zweite Unterausschuß hat sich mit dem Bankwesen befaßt. Beide Unterausschüsse haben am Vormittag und am Nachmittag getagt. Der Zweite Sachverständigenausschuß hat eine Vollsitzung abgehalten. Der Reichsbankpräsident wohnte sowohl einem Teil der Sitzung des Zweiten Unterausschusses wie einem Teil der Sitzung des Ersten Unterausschusses bei.

Berlin, 2. Febr. Eine Berliner Tageszeitung bringt Ausführungen gegen die Zuteilung von Kurzarbeiterunterstützungen an gewerkschaftliche Beamte; sie erblickt darin eine gesetzwidrige Verwendung von Reichsmitteln für parteipolitische Zwecke. Tatsache ist, daß in einigen Fällen auch für Gewerkschaftspersonal Kurzarbeiterunterstützungen gewährt wurde. Das Reichsarbeitsministerium vertritt demgegenüber die Auffassung, daß die Bestimmungen über die Kurzarbeiterunterstützungen an sich nur auf die Verhältnisse in gewerblichen Betrieben zugeschnitten sind, und hat sich in diesem Sinne mit den gewerkschaftl. Spitzenverbänden in Verbindung gesetzt. Auch nach deren übereinstimmender Auffassung kann die Kurzarbeiterunterstützung für leitendes Personal gewerkschaftlicher Organisationen nicht in Frage kommen. Anders wird teilweise die Behandlung des rein technischen Personals beurteilt. Ein die Frage allgemein regelndes Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums steht jetzt bevor.

Berlin, 2. Februar. Wie die „Deutsche Tageszeitung" erfährt, ist zwischen der Rentenbank und der Reichsbank eine Vereinbarung getroffen worden, daß die Reichsbank nunmehr Rentenmarkkredite für die Landwirtschaft auf dem allerschnellsten Wege der Landwirtschaft zuführt. Die Verwaltungsratsmitglieder der Rentenbank legten besonders darauf Wert, daß der Zinssatz, den die Landwirtschaft zahlen muß, so gering als möglich festgesetzt wird. — Die preußische Regierung war an das Reich mit der Forderung herangetreten, wegen der Erhöhung der Mietszuschläge vom 1. Februar ab die Ortszuschläge für die Beamten zu erhöhen. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge hat das Reich dies abgelehnt und eine Erhöhung der Ortszuschläge frühestens für den 1. April in Aussicht gestellt. — Die Postbeamten-Organisationen sind zu einer allgemeinen Besprechung über den Entwurf des Reichspostfinanzgesetzes, das einen tiefen Eingriff in das Beamtenwesen darstellt, zusammengetreten. Es ist beschlossen worden, im ganzen Reich Versammlungen zu veranlassen, die zu dem Entwurf Stellung nehmen sollen.

Paris, 2. Februar. Havas stellt in einer Düsseldorfer Meldung die Nachricht richtig, daß voraussichtlich im Laufe dieses Monats die ausgewiesenen Beamten der grünen Polizei zum großen Teil ihre Tätigkeit im Ruhrgebiet wieder aufnehmen würden. Die Besatzungsbehörden, erklärt Havas, beabsichtigten nicht, die Rückkehr der grünen Polizei ins Ruhrgebiet zu gestatten. Sie sehen jedoch die Notwendigkeit ein, die städtische (blaue) Polizei zu verstärken und hätten deshalb genehmigt, daß die aus dem Ruhrgebiet ausgewiesenen ehemaligen Schupobeamten in die blaue Polizei eingestellt würden.

Paris, 3. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf wurde gestern vormittag ein neues Abkommen zwischen der Micum und den Edelstahlwerken unterzeichnet. Es ist eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe (nach Havas sieben Achtel des derzeitigen Tarifes), daneben jedoch eine Kontribution vorgesehen, die sich auf das Doppelte der herabgesetzten Ausfuhrabgabe beläuft. Der Ertrag der Kontribution soll zur Bezahlung der etwaigen Sachlieferungen auf Reparationskonto Verwendung finden.

Paris, 2. Febr. Nach dem „Journal des Debats" soll es nicht ausgeschlossen sein, daß die Frage der pfälzischen Verwaltung von neuem die Rheinlandkommission beschäftigen werde, die verschiedene Lösungsmöglichkeiten bereits in Erwägung gezogen habe. An der Verwaltung der Pfalz würden nach diesen Plänen die deutschen Behörden unter Leitung der Rheinlandkommission beteiligt werden. Der Vorschlag der Rheinlandkommission sei zurzeit der Gegenstand der zwischen Paris und London schwebenden Verhandlungen.

London, 2. Februar. Nach einer Reutermeldung haben die Gewerkschaften der englischen Transportarbeiter und Schauerleute zur Unterstützung des Streiks der deutschen Seeleute beschlossen, von heute ab keine deutschen Schiffe mehr zu beladen oder zu löschen.

Washington, 2. Febr. Der Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses erstattete gestern Bericht über den Gesetzentwurf zur Beschränkung der Einwanderung, wonach die jährlich zulässige Zahl von Einwanderern auf 2 Prozent der im Jahre 1890 in Amerika vertretenen verschiedenen Nationen beschränkt werden soll. Die Gesamtzahl der jährlichen Einwanderer würde damit von 357 000 auf 169 000 beschränkt werden.

Stresemann über die politische Lage.

Stettin, 4. Febr. Außenminister Dr. Stresemann hielt gestern im großen Börsensaal gelegentlich einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei eine Rede über die politische Lage. Eingangs führte Dr. Stresemann im Hinblick auf die Nachrichten vom Krankenbette Wilsons aus, daß das deutsche Volk die Waffen niedergelegt habe, weil es den Versprechungen Wilsons geglaubt habe. Mit dem Namen Wilsons sei unser außenpolitisches Schicksal verknüpft. Wir könnten nur die Außenpolitik eines waffenlosen Volkes treiben. Wir müßten uns mit aller Kraft dagegen wehren, daß man uns die moralische Schuld am Weltkriege zuschiebe. In der Gegenwart mache sich doch schon eine gewisse Entspannung der vor kurzem ganz allein gegen Deutschland eingestellten Meinung der Welt geltend. In dem Zusammentritt der Sachverständigen sieht er den Ausdruck der Sorge und der Unruhe der Welt, hervorgerufen durch die Entwickelung der Dinge seit dem Frieden von Versailles. Eine der stärksten Tatsachen, vor denen die Welt heute stehe, sei der Währungszerfall in Frankreich. Man habe immer behauptet, Deutschland habe seinen Währungssturz selbst herbeigeführt, um sich seinen äußeren und inneren Verpflichtungen zu entziehen. Aber wer trage denn die Schuld an dem Währungszerfall dieses Staates, der als Sieger aus dem Weltkriege hervorgegangen sei? Aufgabe der Sachverständigen sei es, die Frage zu lösen, wie die Währungen der Länder zu regeln seien, so daß sie wieder in ein festes Verhältnis zueinander kämen. Unzweifelhaft werde sich ein Zusammenhang dieser Frage mit allen anderen Fragen ergeben, die darauf beruhten, daß Deutschland keine Leistungen übernehmen könne, wenn seine Einheit zerstört sei. Dr. Stresemann ging sodann auf die politische Lage im Innern ein. Ein Volk, das den Krieg verloren habe, müsse sich darüber klar sein, daß es doppelt ar-

Die kleinen Anzeigen

wie
Verkäufe
und Kaufgesuche,
Mietgesuche und Vermietungen, Stellen-Angebote und -Gesuche, Familien-Anzeigen jeglicher
Art
erzielen weiteste Verbreitung und sicherste Wirkung
durch Aufgabe im

„Enztäler".

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

heiten müsse, um für die kommende Generation wieder erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Der Redner verteidigte dann die Haltung der Reichsregierung gegenüber Sachsen. Der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen sei richtig gewesen. Das beweise auch die gestrige Nummer des „Vorwärts", in der eine in Moskau gehaltene Rede Sinowjews wiedergegeben sei, in der dieser gesagt habe, daß der Bolschewismus gehofft habe, von Sachsen aus in Deutschland einmarschieren zu können. Zur Währungsfrage übergehend betonte Außenminister Dr. Stresemann, daß wir zu einer festen Währung nur durch die Balancierung des Etats kommen könnten. Internationale Kredite für Handel, Industrie und Landwirtschaft seien notwendig, um unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Besatzungskosten könnten nicht länger getragen werden, wenn wir nicht einem neuen Währungszerfall entgegengehen wollten. Bisher seien sie zwar bezahlt worden, um die Bevölkerung im besetzten Gebiet nicht noch mehr Drangsalierungen auszusetzen. Dr. Stresemann schloß, daß die Deutsche Volkspartei jedem die Hand reichen wolle, der bereit sei, am Wiederaufbau des Reiches zu arbeiten.

Bedeutungsvolle Enthüllungen Sinowjews.

Berlin, 4. Febr. Nach dem Bericht des „Vorwärts" über die Enthüllungen Sinowjews, die in der Rede Dr. Stresemanns in Stettin erwähnt wurden, hat Sinowjew auf dem letzten Parteitag der KAP. gesagt, durch die Ereignisse des Sommers sei die kommunistische Partei in den Kampf einer in Deutschland noch nicht dagewesenen revolutionären Welle gezogen worden. In Sachsen war eine Mehrheit der Sozialisten und der Kommunisten auf parlamentarischer Grundlage vorhanden. Das Exekutivkomitee war stets gegen die Bildung einer legalen Regierung auf parlamentarischer Grundlage. Als wir aber die Ereignisse so einschätzten, daß die Krise nur eine Frage von einigen Wochen sei, hielten wir den Moment für gekommen, um unter bestimmten Bedingungen in die Regierung einzutreten, damit wir uns von Sachsen aus zum Kampf um die Macht entfalt entkonnten. Das geschah, als General Müller ernannt wurde. Wir nahmen an, daß die Zeigner-Regierung bereit sei, wirklich gegen das weiße Bayern zu kämpfen und sofort einen bewaffneten Aufstand mit 50 000 deutschen Arbeitern durchzuführen. Die Dinge vollzogen sich aber ganz anders, als wir vorausgesehen hatten. Die Kommunisten in der sächsischen Regierung fühlten sich nur als Mitglieder einer gewöhnlichen Koalition. Daraufhin schrieb das Exekutivkomitee einen vertraulichen Brief an die KPD., in dem es hieß: Wir in Moskau beurteilen, wie Euch bekannt ist, den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung lediglich als ein militärisch-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der Links-Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hand reichte. Wir stellten uns die Sache so vor: Der Eintritt in die sächsische Regierung sollte nur die Eroberung eines Kampffeldes bedeuten, um auf ihm die Entfaltung der Kräfte unserer Armeen zu ermöglichen. Ihr habt es vorgezogen, die Beteiligung an der sächsischen Regierung in eine banale parlamentarische Kombination zu verwandeln. Daraus ergab sich unsere politische Niederlage, schlimmer als das, es ergab sich daraus beinahe eine Komödie. Eine Niederlage im Kampf hätten wir ertragen können. Wenn aber eine revolutionäre Partei am Vorabend eines Aufstandes sich direkt lächerlich macht, dann ist das schlimmer als eine Niederlage. So bereitet man eine Revolution nicht vor.

Zum Attentatsplan auf General von Seeckt.

Wie das „B. T." mitteilt, ist die Untersuchung in der Affäre Thormann-Grandel wegen des geplanten Mordanschlages gegen General von Seeckt nunmehr abgeschlossen. Die Untersuchung hat sich im wesentlichen auf den Tatbestand der Anstiftung zum Morde beschränkt. Der hochpolitische Hintergrund der Angelegenheit wird vielleicht den Gegenstand eines besonderen Verfahrens wegen Hochverrats vor dem Staatsgerichtshof bilden. Nach dem Ergebnis der Untersuchung ist an der Ernsthaftigkeit des Mordplanes nicht zu zweifeln. Thormann und Grandel haben sich gegenseitig stark belastet. Beide stehen persönlich weder der nationalsozialistischen Bewegung noch der deutsch-völkischen Partei nahe. Die Behauptung, daß Thormann für eine fremde Macht gearbeitet habe, ist aus der Luft gegriffen. Das Dunkel, das über den tieferen Beweggründen und den Hintermännern des Attentatsplans schwebt, ist durch die Untersuchung nur zum Teil gelüftet.

Ein italienisch-russisches Abkommen.

Paris, 3. Febr. Nach Blättermeldungen aus Rom verlautete dort gestern abend, daß heute das italienisch-russische Abkommen unterzeichnet werden solle. Den Blättern zufolge wird auf Grund des Abkommens Rußland seinen Zolltarif zugunsten von italienischen Waren ermäßigen. Italien wird Rußland im Austausch gegen russisches Getreide Fertigwaren liefern. Außerdem wird in der Küstenschiffahrt in den russischen Häfen des Schwarzen Meeres die italienische Flagge ein Vorrecht genießen. Die italienische Regierung wird schließlich der russischen Handelsmission in Rom den sämtlichen beweglichen und unbeweglichen Besitz der Botschaft des ehemaligen Zarenreiches und der Regierung Kerenskis übergeben.

Lenins Nachfolger.

Moskau, 3. Febr. Nach der Russ. Tel.-Ag. wählte der zentrale Vollzugsausschuß des Sowjetbundes den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Rykow, anstelle Lenins zum Vorsitzenden des Rates.

Zur Anerkennung der Sowjetregierung durch England.

Paris, 3. Febr. Der Chef der russischen Handelsvertretung in London, Rakowski, erklärte dem Berichterstatter des „Petit Parisien", es sei bemerkenswert, daß die gestern veröffentlichte englische Note mit der kategorischen Feststellung der Anerkennung de jure beginne. Schon durch diese Formel werde eine Atmosphäre geschaffen, die die bevorstehenden Verhandlungen begünstige. Die Beantwortung der Frage des Berichterstatters, ob nicht zwischen beiden Regierungen eine grundsätzliche Verständigung erfolgen werde, lehnte Rakowski ab. Die in der englischen Note verlangte Anerkennung der vor der Revolution abgeschlossenen Verträge wird nach Rakowskis Ansicht keine übermäßigen Schwierigkeiten machen. Es werde sich um eine einfache Anwendung des Völkerrechts handeln. Die Rechte aus hinfällig gewordenen oder gekündigten Verträgen seien von den Verhandlungen ausgeschlossen. Der Berichterstatter will den Eindruck gewonnen haben, daß man sich in London und Moskau bereits die beiderseitigen Forderungen in politischer und finanzieller Hinsicht nach den Grundsätzen der Billigkeit zugesichert habe, daß also die Fragen der russischen Schulden, der Enteignung von Privateigentum und der Propaganda grundsätzlich bereits geregelt sei.

Moskau, 4. Febr. Der Sowjetkongreß hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der zunächst mit Befriedigung festgestellt wird, daß die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung durch England einer der ersten Schritte der ersten englischen Arbeiterregierung sei. Die Entschließung weist darauf hin, daß die aus der großen russischen Revolution hervorgegangene Arbeiter- und Bauernregierung der Sowjetunion sich von Anfang an als 1. Ziel den Kampf um den Frieden gesetzt und unermüdlich die Wiederherstellung der Beziehungen zu sämtlichen Völkern angestrebt habe. Die englische Arbeiterschaft sei allezeit der werktätigen Sowjetrepublik in ihrem Kampf um den Frieden treu verbündet gewesen. Als Ergebnis der Friedenspolitik der Sowjetregierung unter Lenins Leitung und des festen Willens des englischen Volkes sei die Wiederherstellung normaler Beziehungen zustande gekommen. Angesichts der gespannten internationalen Beziehungen gewinne dieser Schritt der englischen Arbeiterpartei ganz besondere Bedeutung. Der Kongreß erklärt, daß die Arbeitsgemeinschaft mit den Völkern Großbritanniens stets eines der Ziele der Unionsregierung bilden werde, die in Uebereinstimmung mit ihrer Friedenspolitik alle Bemühungen zur Lösung der strittigen Fragen und zur Festigung der wirtschaftlichen Verbindungen einsetzen werde. Der Sowjetkongreß reiche den englischen Kameraden brüderlich die Hand und beauftrage die Unionsregierung, alle aus der erfolgten Anerkennung der Sowjetregierung folgenden Schritte zu unternehmen.

Wilson †.

Washington, 3. Febr. Der ehemalige Präsident Wilson ist heute gestorben.

Wilson tot! Welche Gefühle löst diese Nachricht in Millionen deutscher Herzen aus! Die Wilson'schen „14 Punkte", mit denen er und die Alliierten die vertrauensseligen deutschen Politiker so gründlich 1918 nach dem Zusammenbruch hereinlegte, treten wieder vor das geistige Auge. Die deutsche Nation hätte wahrhaftig nach einem mehr denn vierjährigen, heldenhaften Ringen gegen eine Welt von Feinden eine ehrenhaftere Behandlung durch die „Sieger" verdient, die Heuchelei und Tücke eines Wilson und gallischer Vernichtungswille ließen es nicht zu. Bei der Todesnachricht Wilsons und seinem körperlichen Zusammenbruch 1921 wird man nicht umhin können, zu glauben, daß es gegen alle Gewaltmächte doch noch einen Höheren gibt, der zu gelegener Zeit sein „Halt, bis hierher und nicht weiter" entgegenruft. Ob wohl ein Poincare sich am heutigen Tage derartigen Gedanken hingibt!

Wilson, Woodrow, 28. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Sohn eines presbyterianischen Predigers, geb. 28. Dezember 1856 in Staunton (Virginia), Professor der Staatswissenschaften, 1885 am Bryn Mawr College, 1890 an der Princeton-Universität, 1902 deren Präsident, 1910 Gouverneur von Neujersey, 1912 als Kandidat der demokratischen Partei zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt, trat sein Amt 4. März 1913 an; begann mit wertvollen inneren Reformen (Herabsetzung der Zölle, Einkommensteuer), zeigte auch tätiges Interesse für die Arbeiterforderungen und wurde November 1916 wiedergewählt, erlitt aber bei den Wahlen 1920 eine große Niederlage. Im Weltkrieg war Wilson anfangs bestrebt, neutral zu bleiben, um dadurch die Möglichkeit einer Friedensvermittlung zu erlangen, duldete aber ohne Widerspruch die amerikanischen Waffenlieferungen an die Entente und ließ sich, namentlich durch die Zuspitzung der Gegensätze mit Deutschland infolge des Unterseebootkrieges immer mehr zum Anschluß an die Entente drängen. Fortan glaubte Wilson, der Weltfriede könne nur nach Beseitigung des „preußischen Militarismus" gesichert werden. Die von ihm im Januar 1918 aufgestellten Vierzehn Punkte entwickelten die Grundformen einer neuen Friedensordnung. Trotz aller Gegnerschaft der Alliierten und schließlich der Mehrheit des eigenen Volkes setzte er 1919 den Völkerbund durch, mit dessen Grundsätzen freilich die den Mittelmächten aufgezwungenen Friedensverträge, besonders der von Versailles, im Widerspruch stehen. 1919 erhielt er den Nobel-Friedenspreis. 1921 brach er körperlich zusammen.

Versäumte Abonnements
auf den „Enztäler"

können direkt bei der Geschäftsstelle sowie bei den Agenturen nachgeholt werden.

Erschienene Nummern werden, soweit vorrätig, nachgeliefert.

Die Post nimmt Nachbestellungen für den Monat Februar nicht mehr an.

WH

Jungfer oder Zimmermädchen,
die schon in guten Häusern gedient hat, perfekt servieren und nähen kann, wird bei höchstem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Köchin und Zweitmädchen vorhanden.
Frau
Hugo Knppenheim,
Villa Bergfried,
Pforzheim, Wilferdinger-Straße 20.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sitzung d. Gemeinderats
am Dienstag, den 5. Febr., abends 6 Uhr.
Tagesordnung:
1. Bausachen.
2. Bürgeraufnahmen.
3. Sonstiges.
Stadtschultheiß Knodel.

Pforzheimer Gold-Ankaufstelle
kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, sowie **alte Schmucksachen** zum Einschmelzen, **Rosen** und **Brillanten,** ferner **Gold- und Silbermünzen,** in- und ausländische.
Edelmetall-Handlung A. Metsch,
Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Tüchtiger Säger,
der im Maschinenschleifen eingearbeitet ist, sofort gesucht.
Wilh. Bürkle, G. m. b. H., Birkenfeld.

Ein tüchtiger
Holzeinteiler
und Vermesser von Schnittwaren sofort gesucht
Leonh. Woll, Sägewerk, Pforzheim.

WH
Hand-Datumstempel
für Kanzleien und Büros sind sofort lieferbar.
C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Handelsregistereintragungen vom 31. Januar 1924:
1. Abt. für Einzelfirmen bei der Firma **Karl Geiger,** Schmuckwarengroßhandlung, Birkenfeld. Gelöscht zufolge Ueberganges des Geschäftes mit Firma auf eine offene Handelsgesellschaft.
2. Abt. für Ges.-Firmen (neu); **Karl Geiger,** Schmuckwarengroßhandlung, Sitz Birkenfeld. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 15. Januar 1924. Gesellschafter: Karl Geiger, Großhändler in Birkenfeld und Fritz Schumacher, Goldschmied in Birkenfeld.

Visitenkarten
liefert rasch und billig
die **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

Neu eingetroffen:
Weitere zwei Waggons
23er Elsäßer

Weiß- und Rotwein.
Für Wirte und Wiederverkäufer äußerst günstige Preise.
Philipp Koch,
Weinhandlung zum „Schiff",
Pforzheim,
Telefon 2421. **Telefon 2421.**

Bestellungen auf
Stempel
jeder Art nimmt entgegen
C. Meeh'sche Buchhandlung.
WH

Neuenbürg.
Oberländer

Läuferschweine,
frisch eingetroffen, empfiehlt fortwährend
Karl Scholl, Telefon 117.

Kunsthandlung Pfeiffer, Herrenalb.
Gediegene Geschenk-Artikel!
Kaffee- und Tee-Service von Mk. **6.90** an,
Likör-Service von Mk. **2,90** an
und versch. einzelne Stücke,
Radierungen von Mk. **3.**— an, **gerahmt,**
sowie **Bilder** und **Rahmen**
zu billigen Preisen ev. auch Teilzahlung.

Pforzheim.
Habe fortwährenden Bestand in
erstklassigen, württemb. oberländischen

Milch- u. Läuferschweinen
Geigerstraße 19, Telefon 1570.

Wiegekarten
mit und ohne Ueberblatt liefert preiswert
C. Meeh'sche Buchdruckerei,
Inh. D. Strom.
WH